

Begung.-Preis
in der Hauptpostlinie oder den im Stadtgebiet und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierzehnlich A 4 50, bei zweimaliger Abholung im Jahr A 5 50. Durch die Post bezogen für Beauftragte u. Ueberreicht: vierzehnlich A 6. Was ebenfalls jener mit entsprechendem Bezeichnung bei den Buchstaben in der Sache, Blättern, Belgen, Holland, Augsburg, Wiesbaden, Schönen und Bonnigen, Halle, den Dienststellen, der Europäischen Märkte, Spanien, für alle übrigen Staaten & der Union aus unter strengem durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um 7/8 Uhr, die Abend-Ausgabe Mittwochtag um 6 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisthal.

Filialen:

Witts Sohn vorm. D. Klemm's Sohne,
Universitätsstraße 5 (Paulinum),
Rauch 20/21, 14, post. und Telegraph 2.

Nr. 518.

Der Krieg in Südafrika.

Das Standrecht in der Capcolone.

— Die Meldung, daß die Engländer das Standrecht in der Capcolone erklärt haben, hat uns nicht überzeugt. Es kommt damit nur offen an den Tag, was sie bis jetzt nicht zugelassen wollten, was aber früher Peter wußte, daß sie ihrer eigenen Colone nicht mehr sicher sind, daß die Kapkolonie sich nicht nur hier und dort den Voeren entziehen, sondern daß durch das ganze weite Gebiet nach allen Richtungen hin der Aufstand gegen das verhängte Jingo-Regiment reißen wird. Dieses Eingeständnis bedeutet für England mehr als eine verlorene Schlacht und es wird dort auch als ein weiter wichtiger Schlag empfunden werden, der das so schwankende Gebäude der britischen Hoffnungen in seinen Grundfesten erschüttern muß. Jenes unterliegt es ja auch nicht dem allergeringsten Zweifel, daß die Wirkung dieser Maßregel keine andere sein wird, als die der letzten Kaiser-Declaration Kitchener's: sie wird nur noch mehr erhitzen und die Kapkolonie nur noch in größeres Scharen den Fahnen der Voorepubliken zu führen, offen und im Geheimen. Das ganze Capland aber im Aufstande, wäre das Ende nicht nur des englischen "Siegesgezugs" durch die Republiken, sondern zugleich das Ende der englischen Herrschaft in Südafrika.

Kaador Krüger.

Der Tod des jüngsten Sohnes des Präsidenten Krüger, der in der letzten Zeit viel genannten dreißigjährigen Kaador Krüger, hat den an die schweren Schicksalsfälle gewöhnten Kreis in Hilversum wieder tief gebrüllt. Über diesen Tod läßt doch ein schweres Rütteln, das den Präsidenten seit dem 21. September plagte. An diesem Tage wurde Bord Kitchener, daß Kaador Krüger, das Präßidenten jüngster Sohn, der seit zwei Jahren an allen Kriegshäfen seiner Landsleute teilnahm, sich den Engländern ergeben habe, aus Furcht vor den Wirkungen der berüchtigten Declaration, die alle bis zum 15. September noch im Felde stehenden Vooren ihrer Güter beraubt. Der Präßident war, der R. B. B. zufolge, über den Abschluß, ja über den Vertrag seines Sohnes außer sich, obgleich ihm logisch Zweifel an der Richtigkeit der Meldung aufwogen. Nun ist das Rätsel gelöst. Kaador Krüger hat sich nicht ergeben, sondern ist von Engländern als Schwererwanderer gefangen genommen worden, und aus der Gefangennahme eines tödlich Verwundeten ist eine "Unterwerfung" gemacht, um die Familie Krüger in Südafrika zu bringen.

* Daag, 9. October. Endlich des Jahres ist es in Südafrika wieder in der Großen Riede ein Stiftsgottesdienst für die Voorenkriege abgehalten. Den Schlach der Heer bildete die Nationalhymne von Transvaal.

Politische Tagesschau.

* Leipzig, 10. October.

Man schreibt uns aus der Reichshauptstadt unter gestrigem Tage:

"Die überwältigende Melbung über den Empfang des Oberbürgermeisters Kirschner und des Stadtbaurathes Hoffmann läßt freundlichen Verwirrungen Raum, aber sie enthält

nichts Greifbares. Morgam also heute. Die Red. d. Leipz. T. weiß, wie man neiglichst bestimmt verichern hört, Herr Kirschner den Stadtvorordneten Bericht über die Ergebnisse der Audienz erstatten. Darüber werden Ihre Peter am Freitag früh unterrichtet sein und so könnte es sehr überflüssig erscheinen, in diesem kurzen Zeitraume das Stück der Berliner Dinge zu erörtern, über den möglichen Fall aber, doch das von den Oberbürgermeister-Mitjubilante, dem von den Freiheitsfreunden gegenüber Erwartungen nicht entsprechen, und für den weiter möglichen Fall, daß Bekämpfendes bei dem Stadtvorordneten sein Bekämpfendes Echo erwarten sollte, ist es nicht ohne einen Wert, zu wissen, wie die Erörterung der Bürgermeistersfrage auf einen Seitenstrang noch gelten aufgeschlossen ist und jetzt heute noch — nach der Audienz — noch bearbeitet wird. Man behauptet — in zwei Fraktionen der Stadtvorordneten und vielleicht in der Presse —, daß der Oberpräsident der Provinz Brandenburg sich zu Unrecht als „nicht in der Lage“ befürchtet sei, daß die zweite Wahl Kauffmanns nochmals zur Bestätigung vorgelegen. Vielleicht, so wird gelöst gemacht, sei der Beamte verpflichtet gewesen und noch verpflichtet, den König in den Stand zu setzen, eine förmliche Abschließung zu treffen. Es sei nicht unzweckmäßig, was der Oberpräsident sage, daß nämlich das Geleg die Biederung eines wichtigen Rückschlusses der Verwaltung einer Wahl gleichstellt. Die Gleichstellung dejeutet sich nur darauf, daß in beiden Fällen ein königlicher Kommissar eingezogen werden kann, was für den gegenwärtigen Stand der Sache Riemann bestreitet. Ein Vacuum aber, wie es die Verwaltung der Wahl hätte entstehen lassen, sei nicht vorhanden. Kauffmann sei ordnungsgemäß zum Bürgermeister gewählt, ob er es werden solle oder nicht, darüber habe nach dem Gesetz nur der König zu entscheiden, und so lange der Monarch dies unterstelle, seien die Stadtvorordneten nicht bedroht, eine abnormalen Wahl vorzunehmen. Im Weltlichen vertreibt diese Ansichtung in einer juristischen Ausdeutung auch die "Germania", was, obwohl die Stadtvorordneten kein einziger literales Mitglied haben, in den laufenden Zeitläufen nicht bedeutungslos ist. Heute formuliert dieses Blatt etwas geläufig, indem es die Bestätigungsfrage als „noch nicht endgültig erledigt“ bezeichnet. Das Recht der königlichen Vertreter zu einer Wiederwahl zu schreiten, verneint das Gutwurzgau nicht geradezu, es hebt nur hervor, daß dem Oberbürgermeister Recht bei dem Minister des Innern gegen die Unterlassung des Oberpräsidenten zustehe. Das läuft unseres Erachtens auf die richtige Auseinandersetzung hinaus. Das Verfahren des Oberpräsidenten kann angefochten werden, es muß aber nicht angefochten werden. Daß durch eine Beleidigung an der Sache selbst nichts geändert würde, hat eine der beruhenden Fraktionen anerkannt. Mit Grand. Es ist unverständlich und wird auch nicht bestreiten, daß der Oberpräsident im Unterordneten mit dem König, ja auf Beleidigung des Königs gehandelt hat. Dann liegt aber material eine zweite Entscheidung des Monarchen vor, eine abnormalen Nachbestätigung Kauffmanns, die nur in ungewöhnlicher Form erfolgt ist. Ein Teil des bürgerlichen Stadtvorordneten steht der Form sogar „verleugnet“ und es ist wohl möglich, daß dieses Sentiment sich über den Holl. Kauffmann, den man bei jeder Rechtsauffassung ruhen lassen kann, hinweg zum Ausdruck zu bringen sucht. Die Situation ist also nicht so einfach, wie sie nach der Audienz erscheinen könnte. Der Kaiser will offenbar zunächst wegen dem Widerstreben einer Besoldung angestrebt; nur deshalb kann der Stadtvorordneten nicht verstärkt werden, liegt auf der Hand.

Da die Berliner Justiz, die unser Bedauern darüber, daß die Herren Kirschner und Hoffmann nicht mit Wohl und Wege gefunden haben, einander widerprechende Ausschreibungen über die Audienz zu verhüten, noch reicht. Das Richtige wäre jedenfalls gewesen, wenn die Herren wenigstens in den nicht-socialeistischen Berliner Blättern die gleichlauende Erfahrung veröffentlicht hätten, sie fühlten sich verpflichtet, vor ihrem Dem Magistrat und den Stadtvorordneten zu erstaunten Berichte feindlicher Mitteilungen an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Doch Weise hat sich beträchtlich die "Rot. S." gekürzt, aber die bereits gemeldeten Brüder enthebt Stötter laufen zu bestimmen, daß sie nicht aus den Fingern gelogen sein können. Außerdem weichen sie unter Anderem darüber ab, daß der Eine die Bürgermeistersfrage in der Audienz berichtet werden soll, der Andere nicht. Daß durch dieses Durcheinander die Beleidigungsklage das Durcheinander der Meinungen noch verstärkt werden muß, liegt auf der Hand.

haustrath Hoffmann, den nur die Hochbauten angeben, zu sagen genügen kann. Herr Hoffmann wird in der Hauptstadt nachgedacht haben und damit kann die Kleinigkeit bestimmt werden. Ihre Peter am Freitag früh unterrichtet sein und so könnte es sehr überflüssig erscheinen, in diesem kurzen Zeitraume das Stück der Berliner Dinge zu erörtern, über den möglichen Fall aber, doch das von den Oberbürgermeister-Mitjubilante, dem von den Freiheitsfreunden gegenüber Erwartungen nicht entsprechen, und für den weiter möglichen Fall, daß Bekämpfendes bei dem Stadtvorordneten sein Bekämpfendes Echo erwarten sollte, ist es nicht ohne einen Wert, zu wissen, wie die Erörterung der Bürgermeistersfrage auf einen Seitenstrang noch gelten aufgeschlossen ist und jetzt heute noch — nach der Audienz — noch bearbeitet wird. Man behauptet — in zwei Fraktionen der Stadtvorordneten und vielleicht in der Presse —, daß der Oberpräsident der Provinz Brandenburg sich zu Unrecht als „nicht in der Lage“ befürchtet sei, daß die zweite Wahl Kauffmanns nochmals zur Bestätigung vorgelegen. Vielleicht, so wird gelöst gemacht, sei der Beamte verpflichtet gewesen und noch verpflichtet, den König in den Stand zu setzen, eine förmliche Abschließung zu treffen. Es sei nicht unzweckmäßig, was der Oberpräsident sage, daß nämlich das Geleg die Biederung eines wichtigen Rückschlusses der Verwaltung einer Wahl gleichstellt. Die Gleichstellung dejeutet sich nur darauf, daß in beiden Fällen ein königlicher Kommissar eingezogen werden kann, was für den gegenwärtigen Stand der Sache Riemann bestreitet. Ein Vacuum aber, wie es die Verwaltung der Wahl hätte entstehen lassen, sei nicht vorhanden. Kauffmann sei ordnungsgemäß zum Bürgermeister gewählt, ob er es werden solle oder nicht, darüber habe nach dem Gesetz nur der König zu entscheiden, und so lange der Monarch dies unterstelle, seien die Stadtvorordneten nicht bedroht, eine abnormalen Wahl vorzunehmen. Im Weltlichen vertreibt diese Ansichtung in einer juristischen Ausdeutung auch die "Germania", was, obwohl die Stadtvorordneten kein einziger literales Mitglied haben, in den laufenden Zeitläufen nicht bedeutungslos ist. Heute formuliert dieses Blatt etwas geläufig, indem es die Bestätigungsfrage als „noch nicht endgültig erledigt“ bezeichnet. Das Recht der königlichen Vertreter zu einer Wiederwahl zu schreiten, verneint das Gutwurzgau nicht geradezu, es hebt nur hervor, daß dem Oberbürgermeister Recht bei dem Minister des Innern gegen die Unterlassung des Oberpräsidenten zustehe. Das läuft unseres Erachtens auf die richtige Auseinandersetzung hinaus. Das Verfahren des Oberpräsidenten kann angefochten werden, es muß aber nicht angefochten werden. Daß durch eine Beleidigung an der Sache selbst nichts geändert würde, hat eine der beruhenden Fraktionen anerkannt. Mit Grand. Es ist unverständlich und wird auch nicht bestreiten, daß der Oberpräsident im Unterordneten mit dem König, ja auf Beleidigung des Königs gehandelt hat. Dann liegt aber material eine zweite Entscheidung des Monarchen vor, eine abnormalen Nachbestätigung Kauffmanns, die nur in ungewöhnlicher Form erfolgt ist. Ein Teil des bürgerlichen Stadtvorordneten steht der Form sogar „verleugnet“ und es ist wohl möglich, daß dieses Sentiment sich über den Holl. Kauffmann, den man bei jeder Rechtsauffassung ruhen lassen kann, hinweg zum Ausdruck zu bringen sucht. Die Situation ist also nicht so einfach, wie sie nach der Audienz erscheinen könnte. Der Kaiser will offenbar zunächst wegen dem Widerstreben einer Besoldung angestrebt; nur deshalb kann der Stadtvorordneten nicht verstärkt werden, liegt auf der Hand.

So die Berliner Justiz, die unser Bedauern darüber, daß die Herren Kirschner und Hoffmann nicht mit Wohl und Wege gefunden haben, einander widerprechende Ausschreibungen über die Audienz zu verhüten, noch reicht. Das Richtige wäre jedenfalls gewesen, wenn die Herren wenigstens in den nicht-socialeistischen Berliner Blättern die gleichlauende Erfahrung veröffentlicht hätten, sie fühlten sich verpflichtet, vor ihrem Dem Magistrat und den Stadtvorordneten zu erstaunten Berichte feindlicher Mitteilungen an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Doch Weise hat sich beträchtlich die "Rot. S." gekürzt, aber die bereits gemeldeten Brüder enthebt Stötter laufen zu bestimmen, daß sie nicht aus den Fingern gelogen sein können. Außerdem weichen sie unter Anderem darüber ab, daß der Eine die Bürgermeistersfrage in der Audienz berichtet werden soll, der Andere nicht. Daß durch dieses Durcheinander die Beleidigungsklage das Durcheinander der Meinungen noch verstärkt werden muß, liegt auf der Hand.

Daß durch die Berliner Justiz, die unser Bedauern darüber, daß die Herren Kirschner und Hoffmann nicht mit Wohl und Wege gefunden haben, einander widerprechende Ausschreibungen über die Audienz zu verhüten, noch reicht. Das Richtige wäre jedenfalls gewesen, wenn die Herren wenigstens in den nicht-socialeistischen Berliner Blättern die gleichlauende Erfahrung veröffentlicht hätten, sie fühlten sich verpflichtet, vor ihrem Dem Magistrat und den Stadtvorordneten zu erstaunten Berichte feindlicher Mitteilungen an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Doch Weise hat sich beträchtlich die "Rot. S." gekürzt, aber die bereits gemeldeten Brüder enthebt Stötter laufen zu bestimmen, daß sie nicht aus den Fingern gelogen sein können. Außerdem weichen sie unter Anderem darüber ab, daß der Eine die Bürgermeistersfrage in der Audienz berichtet werden soll, der Andere nicht. Daß durch dieses Durcheinander die Beleidigungsklage das Durcheinander der Meinungen noch verstärkt werden muß, liegt auf der Hand.

Daß durch die Berliner Justiz, die unser Bedauern darüber, daß die Herren Kirschner und Hoffmann nicht mit Wohl und Wege gefunden haben, einander widerprechende Ausschreibungen über die Audienz zu verhüten, noch reicht. Das Richtige wäre jedenfalls gewesen, wenn die Herren wenigstens in den nicht-socialeistischen Berliner Blättern die gleichlauende Erfahrung veröffentlicht hätten, sie fühlten sich verpflichtet, vor ihrem Dem Magistrat und den Stadtvorordneten zu erstaunten Berichte feindlicher Mitteilungen an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Doch Weise hat sich beträchtlich die "Rot. S." gekürzt, aber die bereits gemeldeten Brüder enthebt Stötter laufen zu bestimmen, daß sie nicht aus den Fingern gelogen sein können. Außerdem weichen sie unter Anderem darüber ab, daß der Eine die Bürgermeistersfrage in der Audienz berichtet werden soll, der Andere nicht. Daß durch dieses Durcheinander die Beleidigungsklage das Durcheinander der Meinungen noch verstärkt werden muß, liegt auf der Hand.

Daß durch die Berliner Justiz, die unser Bedauern darüber, daß die Herren Kirschner und Hoffmann nicht mit Wohl und Wege gefunden haben, einander widerprechende Ausschreibungen über die Audienz zu verhüten, noch reicht. Das Richtige wäre jedenfalls gewesen, wenn die Herren wenigstens in den nicht-socialeistischen Berliner Blättern die gleichlauende Erfahrung veröffentlicht hätten, sie fühlten sich verpflichtet, vor ihrem Dem Magistrat und den Stadtvorordneten zu erstaunten Berichte feindlicher Mitteilungen an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Doch Weise hat sich beträchtlich die "Rot. S." gekürzt, aber die bereits gemeldeten Brüder enthebt Stötter laufen zu bestimmen, daß sie nicht aus den Fingern gelogen sein können. Außerdem weichen sie unter Anderem darüber ab, daß der Eine die Bürgermeistersfrage in der Audienz berichtet werden soll, der Andere nicht. Daß durch dieses Durcheinander die Beleidigungsklage das Durcheinander der Meinungen noch verstärkt werden muß, liegt auf der Hand.

Daß durch die Berliner Justiz, die unser Bedauern darüber, daß die Herren Kirschner und Hoffmann nicht mit Wohl und Wege gefunden haben, einander widerprechende Ausschreibungen über die Audienz zu verhüten, noch reicht. Das Richtige wäre jedenfalls gewesen, wenn die Herren wenigstens in den nicht-socialeistischen Berliner Blättern die gleichlauende Erfahrung veröffentlicht hätten, sie fühlten sich verpflichtet, vor ihrem Dem Magistrat und den Stadtvorordneten zu erstaunten Berichte feindlicher Mitteilungen an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Doch Weise hat sich beträchtlich die "Rot. S." gekürzt, aber die bereits gemeldeten Brüder enthebt Stötter laufen zu bestimmen, daß sie nicht aus den Fingern gelogen sein können. Außerdem weichen sie unter Anderem darüber ab, daß der Eine die Bürgermeistersfrage in der Audienz berichtet werden soll, der Andere nicht. Daß durch dieses Durcheinander die Beleidigungsklage das Durcheinander der Meinungen noch verstärkt werden muß, liegt auf der Hand.

Daß durch die Berliner Justiz, die unser Bedauern darüber, daß die Herren Kirschner und Hoffmann nicht mit Wohl und Wege gefunden haben, einander widerprechende Ausschreibungen über die Audienz zu verhüten, noch reicht. Das Richtige wäre jedenfalls gewesen, wenn die Herren wenigstens in den nicht-socialeistischen Berliner Blättern die gleichlauende Erfahrung veröffentlicht hätten, sie fühlten sich verpflichtet, vor ihrem Dem Magistrat und den Stadtvorordneten zu erstaunten Berichte feindlicher Mitteilungen an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Doch Weise hat sich beträchtlich die "Rot. S." gekürzt, aber die bereits gemeldeten Brüder enthebt Stötter laufen zu bestimmen, daß sie nicht aus den Fingern gelogen sein können. Außerdem weichen sie unter Anderem darüber ab, daß der Eine die Bürgermeistersfrage in der Audienz berichtet werden soll, der Andere nicht. Daß durch dieses Durcheinander die Beleidigungsklage das Durcheinander der Meinungen noch verstärkt werden muß, liegt auf der Hand.

Daß durch die Berliner Justiz, die unser Bedauern darüber, daß die Herren Kirschner und Hoffmann nicht mit Wohl und Wege gefunden haben, einander widerprechende Ausschreibungen über die Audienz zu verhüten, noch reicht. Das Richtige wäre jedenfalls gewesen, wenn die Herren wenigstens in den nicht-socialeistischen Berliner Blättern die gleichlauende Erfahrung veröffentlicht hätten, sie fühlten sich verpflichtet, vor ihrem Dem Magistrat und den Stadtvorordneten zu erstaunten Berichte feindlicher Mitteilungen an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Doch Weise hat sich beträchtlich die "Rot. S." gekürzt, aber die bereits gemeldeten Brüder enthebt Stötter laufen zu bestimmen, daß sie nicht aus den Fingern gelogen sein können. Außerdem weichen sie unter Anderem darüber ab, daß der Eine die Bürgermeistersfrage in der Audienz berichtet werden soll, der Andere nicht. Daß durch dieses Durcheinander die Beleidigungsklage das Durcheinander der Meinungen noch verstärkt werden muß, liegt auf der Hand.

Daß durch die Berliner Justiz, die unser Bedauern darüber, daß die Herren Kirschner und Hoffmann nicht mit Wohl und Wege gefunden haben, einander widerprechende Ausschreibungen über die Audienz zu verhüten, noch reicht. Das Richtige wäre jedenfalls gewesen, wenn die Herren wenigstens in den nicht-socialeistischen Berliner Blättern die gleichlauende Erfahrung veröffentlicht hätten, sie fühlten sich verpflichtet, vor ihrem Dem Magistrat und den Stadtvorordneten zu erstaunten Berichte feindlicher Mitteilungen an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Doch Weise hat sich beträchtlich die "Rot. S." gekürzt, aber die bereits gemeldeten Brüder enthebt Stötter laufen zu bestimmen, daß sie nicht aus den Fingern gelogen sein können. Außerdem weichen sie unter Anderem darüber ab, daß der Eine die Bürgermeistersfrage in der Audienz berichtet werden soll, der Andere nicht. Daß durch dieses Durcheinander die Beleidigungsklage das Durcheinander der Meinungen noch verstärkt werden muß, liegt auf der Hand.

Daß durch die Berliner Justiz, die unser Bedauern darüber, daß die Herren Kirschner und Hoffmann nicht mit Wohl und Wege gefunden haben, einander widerprechende Ausschreibungen über die Audienz zu verhüten, noch reicht. Das Richtige wäre jedenfalls gewesen, wenn die Herren wenigstens in den nicht-socialeistischen Berliner Blättern die gleichlauende Erfahrung veröffentlicht hätten, sie fühlten sich verpflichtet, vor ihrem Dem Magistrat und den Stadtvorordneten zu erstaunten Berichte feindlicher Mitteilungen an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Doch Weise hat sich beträchtlich die "Rot. S." gekürzt, aber die bereits gemeldeten Brüder enthebt Stötter laufen zu bestimmen, daß sie nicht aus den Fingern gelogen sein können. Außerdem weichen sie unter Anderem darüber ab, daß der Eine die Bürgermeistersfrage in der Audienz berichtet werden soll, der Andere nicht. Daß durch dieses Durcheinander die Beleidigungsklage das Durcheinander der Meinungen noch verstärkt werden muß, liegt auf der Hand.

Daß durch die Berliner Justiz, die unser Bedauern darüber, daß die Herren Kirschner und Hoffmann nicht mit Wohl und Wege gefunden haben, einander widerprechende Ausschreibungen über die Audienz zu verhüten, noch reicht. Das Richtige wäre jedenfalls gewesen, wenn die Herren wenigstens in den nicht-socialeistischen Berliner Blättern die gleichlauende Erfahrung veröffentlicht hätten, sie fühlten sich verpflichtet, vor ihrem Dem Magistrat und den Stadtvorordneten zu erstaunten Berichte feindlicher Mitteilungen an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Doch Weise hat sich beträchtlich die "Rot. S." gekürzt, aber die bereits gemeldeten Brüder enthebt Stötter laufen zu bestimmen, daß sie nicht aus den Fingern gelogen sein können. Außerdem weichen sie unter Anderem darüber ab, daß der Eine die Bürgermeistersfrage in der Audienz berichtet werden soll, der Andere nicht. Daß durch dieses Durcheinander die Beleidigungsklage das Durcheinander der Meinungen noch verstärkt werden muß, liegt auf der Hand.

Daß durch die Berliner Justiz, die unser Bedauern darüber, daß die Herren Kirschner und Hoffmann nicht mit Wohl und Wege gefunden haben, einander widerprechende Ausschreibungen über die Audienz zu verhüten, noch reicht. Das Richtige wäre jedenfalls gewesen, wenn die Herren wenigstens in den nicht-socialeistischen Berliner Blättern die gleichlauende Erfahrung veröffentlicht hätten, sie fühlten sich verpflichtet, vor ihrem Dem Magistrat und den Stadtvorordneten zu erstaunten Berichte feindlicher Mitteilungen an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Doch Weise hat sich beträchtlich die "Rot. S." gekürzt, aber die bereits gemeldeten Brüder enthebt Stötter laufen zu bestimmen, daß sie nicht aus den Fingern gelogen sein können. Außerdem weichen sie unter Anderem darüber ab, daß der Eine die Bürgermeistersfrage in der Audienz berichtet werden soll, der Andere nicht. Daß durch dieses Durcheinander die Beleidigungsklage das Durcheinander der Meinungen noch verstärkt werden muß, liegt auf der Hand.

Daß durch die Berliner Justiz, die unser Bedauern darüber, daß die Herren Kirschner und Hoffmann nicht mit Wohl und Wege gefunden haben, einander widerprechende Ausschreibungen über die Audienz zu verhüten, noch reicht. Das Richtige wäre jedenfalls gewesen, wenn die Herren wenigstens in den nicht-socialeistischen Berliner Blättern die gleichlauende Erfahrung veröffentlicht hätten, sie fühlten sich verpflichtet, vor ihrem Dem Magistrat und den Stadtvorordneten zu erstaunten Berichte feindlicher Mitteilungen an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Doch Weise hat sich beträchtlich die "Rot. S." gekürzt, aber die bereits gemeldeten Brüder enthebt Stötter laufen zu bestimmen, daß sie nicht aus den Fingern gelogen sein können. Außerdem weichen sie unter Anderem darüber ab, daß der Eine die Bürgermeistersfrage in der Audienz berichtet werden soll, der Andere nicht. Daß durch dieses Durcheinander die Beleidigungsklage das Durcheinander der Meinungen noch verstärkt werden muß, liegt auf der Hand.

Daß durch die Berliner Justiz, die unser Bedauern darüber, daß die Herren Kirschner und Hoffmann nicht mit Wohl und Wege gefunden haben, einander widerprechende Ausschreibungen über die Audienz zu verhüten, noch reicht. Das Richtige wäre jedenfalls gewesen, wenn die Herren wenigstens in den nicht-socialeistischen Berliner Blättern die gleichlauende Erfahrung veröffentlicht hätten, sie fühlten sich